

merzielle Einrichtungen werden und auf Grund des Druckes, den die Konkurrenz ausübt, eine Tendenz zu bürgerlichen Aktiengesellschaften zeigen“. Die Worte Lenins sind durch die Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Westdeutschland vollauf bestätigt.

Die westdeutschen Konsumgenossenschaften sind noch immer mit den Sonderumsatzsteuern belastet, die von den Nazis eingeführt wurden, um die Konsumgenossenschaften in den Bankrott zu treiben (in der DDR wurden dagegen diese Steuern längst abgeschafft). Außerdem hat ihnen das Bonner Parlament in Verbindung mit der Finanzierung der Kriegsvorbereitungen im vergangenen Jahr eine weitere Sondersteuer auf Backwaren auf erlegt. Durch den mit der Remilitarisierung zwangsläufig verbundenen, ständig absinkenden Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung infolge des Ansteigens der Preise und Steuern sowie der Einschränkung der Verbrauchsgüterproduktion zugunsten der Ausweitung der Kriegsproduktion werden besonders die Konsumgenossenschaften in ihrer Wirtschaftlichkeit betroffen. Das zeigt sich zum Beispiel eindeutig an der Entwicklung der Konsumgenossenschaften in Berlin-Tempelhof (West).

Die für das deutsche Volk so verhängnisvolle Entwicklung in Westdeutschland und Westberlin wurde von den rechten Sozialdemokraten in den Leitungen der GEG (Großeinkaufsgesellschaft) und des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften bewußt herbeigeführt und mit allen Mitteln unterstützt. Sie halfen bei der von den anglo-amerikanischen Besatzungsmächten betriebenen Spaltung Deutschlands, indem sie die Schaffung einer einheitlichen deutschen Konsumbewegung verhinderten. Sie verleumdete die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik, sie verbreiten kriegshetzerische Ideen unter den organisierten Verbrauchern und betreiben die Spaltung des internationalen Genossenschaftsbundes. So fordern sie zum Beispiel in ihrer Zeitschrift „Verbraucher“ einen Schumanplan für die Konsumgenossenschaften. Die innergenossenschaftliche Demokratie wird von ihnen unterdrückt, um die Aufklärung unter den organisierten Verbrauchern über den Kampf gegen die Remilitarisierung und den ständig absinkenden Lebensstandard zu verhindern.

Die Politik der aktiven Unterstützung der westdeutschen Monopolvereiner durch die rechten Genossenschaftsführer gegen die Interessen der breiten Massen der Verbraucher ist die konsequente Fortsetzung ihrer jahrzehntelangen Verräterei.